

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmönatlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Richtenhain, Mittelndorf, Ostau, Rorsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmitz, Schöna, Waltersdorf, Wendischschöne, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Joh. Walter Hiele Verantwortlich: A. Kohnlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7 gespaltene 35 mm breite Pettizeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 28

Bad Schandau, Donnerstag, den 3. Februar 1927

71. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Bei der außerordentlichen Revision sämtlicher Aktienbestände im Moabiter Justizpalast wurde festgestellt, daß nicht weniger als 147 Straffakten gestohlen worden sind!

* Bei der Insel Malta stießen zwei Flugzeuge zusammen und stürzten ins Meer. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

* Der Emir Hassan, das Haupt der Familie des Drusenführers, hat sich nach einer Meldung aus Beirut den französischen Behörden unterworfen. Der Drusenführer selbst befindet sich als Flüchtling in Transjordanien.

* Nach einer Meldung aus Washington hat der amerikanische Senat den Bau von drei neuen Kreuzern mit 49 gegen 27 Stimmen genehmigt.

* Im Laboratorium der New Yorker Filmfabrik des Universal-Films verursachte eine Explosion ein Großfeuer, das zwei Filmnegative im Werte von 3 Millionen Dollar vernichtete.

Das mittelamerikanische Kanalproblem.

Von Carl Schmelzer-Gletlin

Die gegenwärtigen politischen Verwicklungen in Nicaragua zwischen der Union und Mexiko lassen es geboten erscheinen, einen Blick auf die Vorgeschichte des mittelamerikanischen Kanalproblems zu werfen, da es doch lebhaft die Kanalinteressen waren, welche die Union veranlaßten, zuerst die Provinz Panama zu annektieren und dann in Nicaragua festen Fuß zu fassen.

Schon 1850 kam es nach langjährigen Vorverhandlungen mit den Republiken Kolumbien und Nicaragua zwischen Amerika und England zu dem berühmten Clayton-Bulwer-Vertrag, der eine gemeinsame amerikanisch-englische Kontrolle des geplanten, den Pazifik mit dem Atlantik verbindenden Kanals festlegte. Je mehr sich aber das Selbstbewußtsein und die Macht des jungen Mexiko hoben, desto stärker wurde gegen die seine Interessen einseitige Bestimmung der „gemeinsamen“ Verwaltung Sturm gelaufen, so daß Blaine eine mit Beifall in der ganzen Union aufgenommene Erklärung vom 19. November 1881 folgenden Inhalts abgeben konnte: „Unsere Regierung wird sich nicht zur Bewerfung eines Vertrages verstehen, der unsere gerechten und lange begründeten Ansprüche auf die Vorherrschaft auf dem Kontinent verkleinert.“

Diesem Druck mußte England schließlich weichen zu einer Zeit, da seine Weltmacht an mehreren Stellen bedroht war. Es hat sich 1901 in dem Hay- und Pauncefote-Vertrag von der Kontrolle des Kanals zurückziehen und dessen Bau Amerika allein überlassen müssen; seine größte Niederlage aber erlitt es 1911 durch die Weigerung der Union, die Gleichberechtigung aller Schifffahrt treibenden Nationen im Panamakanal wieder einzuführen.

Der Sieg des jungen Mexiko über seine Mutter stärkte seinen Willen, allen Hindernissen in der Auswertung des Kanalbaues mit dem rücksichtslosesten Nachdruck zu begegnen, so daß sich in der Union der Gedanke Bahn brach, den mittelamerikanischen Kanal nicht nur zu bauen, sondern auch gegen alle internationalen Fälle für die amerikanische Schifffahrt territorial zu sichern. So kam es unter Roosevelts Präsidentschaft 1903 zu der gewaltigen Loslösung der Provinz Panama von der Republik Kolumbien. Jenes, das sogenannte schwarze Blatt in der amerikanischen Geschichte, unterzeichnete Roosevelt 1911, als es sich um Festlegung der Geldentschädigung Kolumbias handelte in einem öffentlichen Vertrag mit folgenden geflügelten Worten: „Ich bin am Panamakanal interessiert, denn ich brachte ihn in Gang. Sätte ich die üblichen konservativen Methoden eingeschlagen, so hätte ich dem Kongreß ein müßiges Staatspapier von vielleicht 200 Seiten überreicht, und die Rederei würde jetzt noch nicht zu Ende sein. Aber ich habe die Kanalzone genommen, ich ließ den Kongreß reden, und während er redet, wird der Kanal gebaut.“ — Ein müßiges Stück des amerikanischen Imperialismus.

Gleichzeitig interpretierte Roosevelt die schon vor ihm verschoben ausgelegte Monroe-Doktrin so, daß die Vereinigten Staaten auf Grund derselben das Recht und die Pflicht hätten, amerikanische Republiken nicht nur vor einem Einschreiten von außeramerikanischen Mächten zu bewahren, sondern gegen jedes amerikanische Land, das sich schlecht führe, z. B. Schulden mache, deren Wiedergabe nicht gesichert sei, einzuschreiten. Diese Auslegung ließ auf eine Art Polizeigewalt der Union gegenüber den anderen amerikanischen Staaten hinaus — das war Roosevelts berühmter „big stick“ (großer Stock); dadurch gewann man auch die Handhabe gegen Nicaragua zur Ausgestaltung des zweiten mittelamerikanischen Kanalprojektes. Staatssekretär Knog entwarf den ersten Nicaraguavertrag; die Finanzen der ewig bankrotten Republik sollten mit Unionskapital saniert werden; dafür sollte sie ihre Finanzverwaltung durch Unionsbeamte anerkennen, und auf eine weitere Zahlung von 9 Millionen Dollar hin, sollte die Union das ausschließliche Recht erhalten, einen interozeanischen Kanal durch das Gebiet der Republik zu bauen mit der Ueberlassung der Fonseca-Bucht als Flottenstützpunkt der Vereinigten Staaten. Obwohl sich gegen diese Bestimmungen eine heftige Opposition in den mittelamerikanischen Republiken und in Südamerika erhob, da diese Länder ihre eigene Selbständigkeit durch die Union bedroht sahen, verschärfte Bryan 1913 diese Forderungen noch besonders durch den Passus: die Regierung Nicaraguas erklärt sich damit ein-

verstanden, daß die Vereinigten Staaten das Recht der Intervention ausüben, um die Unabhängigkeit Nicaraguas zu sichern und eine Regierung aufrecht zu erhalten, die in der Lage ist, Leben, Eigentum und persönliche Freiheit zu schützen.

Präsident Wilson stimmte diesen Vertragsbestimmungen mit Begeisterung zu; ratifiziert wurden sie, trotz heftigen Widerstandes in den anderen amerikanischen Republiken, erst im Februar 1916. Seitdem ist Nicaragua wie Haiti amerikanisches Schutzgebiet. Von ihrer Schutzherrschaft macht die Union jetzt in ihrem Interesse in vollem Maße Gebrauch. Sie wird vor Mexiko gewiß keinen Schritt zurückweichen, Mexiko aber wohl keinen Krieg mit der Union wagen im Angelegenheiten seiner Kriegsverluste — Kaliforniens, Neumexikos und Texas' — an die Union. Der Nicaraguakanal wird jedoch wohl in den nächsten Jahren vollendet werden, da der steigende Verkehr Nordamerikas ganz besonders mit Südamerika — wohnin der europäischen durch den Weltkrieg lahmgelegt wurde — von dem Panamakanal allein nicht mehr bewältigt werden kann.

Das Programm des neuen Kabinetts

Der Inhalt der Regierungserklärung.

Die Spannung in bezug auf die für die Reichstags-Sitzung von Donnerstag angesagte Erklärung der neuen Regierung war schon vorher auf das höchste gestiegen. Zahlreiche Gerüchte gingen in dieser Beziehung um, doch unterließ dabei „ger viel Unrichtiges. Nach Mitteilungen von in der Regel gut unterrichteter politischer Seite gliedert sich der Inhalt der Erklärung im wesentlichen wie folgt:

Die Regierungserklärung des Reichskanzlers für das neue Kabinett beschäftigt sich zuerst mit der Außenpolitik. Hervorgehoben wird, daß der bisherige Kurs für gegenseitige Annäherung der Staaten weiterhin beibehalten werden soll. Der Reichskanzler wird das Aufheben der Militärkontrolle und der damit von der Gegenseite zugestandenen vollkommenen Entwaffnung Deutschlands erwähnen und dabei erneut auf das Widersinnige einer weiteren Besetzung der Rheinlande durch fremde Truppen hinweisen. Dann wird auch der Ausbau des Handelsvertrages mit den fremden Völkern betont, wobei in erster Linie auf die jetzt schwebenden Verhandlungen mit Polen und Frankreich hingewiesen wird. Bei den Fragen der inneren Politik wird die schnelle Änderung des Wahlrechts zum Reichstag als dringendste Aufgabe erwähnt. Ein Hinweis auf die Erfahrungen, die man infolge der Zusammenziehung des Reichstages unter dem jetzigen Wahlrecht gemacht hat, folgt, besonders unter Berücksichtigung der Erfahrungen während der letzten langen Regierungskrise. Ferner kommt die Ankündigung eines weiteren Fortschreitens auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung. Gefordert wird die Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes, wobei es gilt, die Interessen der Arbeiterschaft mit denen der Arbeitgeber zu vereinen und gleichzeitig dadurch die Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu ermöglichen. Für das Reichsschulgesetz, das von allen Seiten so heiß umstritten wird, ist angeblich eine Form gefunden worden, die es erlaubt, die Bedingungen der Reichsverfassung mit den Wünschen der einzelnen Konfessionen und der Elternschaft in Einklang zu bringen.

Die parlamentarische Behandlung.

Abmachungen über das Reichsschulgesetz.

In parlamentarischen Kreisen sieht man mit Erwartung der Regierungserklärung des neuen Reichskabinetts am Donnerstag entgegen. Die Reichsregierung hat in ihrer Mittwochssitzung diese Regierungserklärung beraten. Sie soll, wie man hört, sehr umfangreich sein und sich im wesentlichen auf den Richtlinien aufbauen, die zwischen den neuen Regierungsparteien vereinbart worden sind, ergänzt durch die Erklärung zu den Fragen der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, über die Dr. Brauns und Dr. Curtius in den Tagen vor der Ernennung des Kabinetts verhandelt haben. Wie es heißt, wird am Beginn der Regierungserklärung ein starkes Bekenntnis zur Deutschen Republik abgegeben werden.

Nach der programmatischen Erklärung des Reichskanzlers wird in den Beratungen des Reichstages eine kurze Pause eintreten, die von den Fraktionen zur Besprechung über den Inhalt der Regierungserklärung benutzt werden wird. Es ist beabsichtigt, daß die Regierungsparteien zunächst eine kurze gemeinsame Erklärung abgeben lassen, daß sie aber auch einzeln Gelegenheit zu längeren Erklärungen nehmen werden. Es ist vorgesehen, daß jede Fraktion zwei Redner vorschickt, um sich mit der neuen Regierung auseinanderzusetzen. Man rechnet

Die Vereinigten Staaten und Nicaragua.

Washington. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat dem Führer der Liberalen in Nicaragua, Sacasa, mitgeteilt, sie würde ihn nicht anerkennen, selbst wenn es ihm gelänge, das ganze Land zu unterwerfen. Der konservative Präsident, Diaz, werde bis zu den Wahlen des nächsten Jahres als rechtmäßiger Präsident anerkannt bleiben.

Der mexikanische Aufstand noch nicht niedergeschlagen.

Nach einer Meldung aus Mexiko hat am 1. Februar im Staate Jalisco ein heftiger Kampf zwischen Ausländern und Regierungssoldaten getobt, dem 21 Aufständische und mehrere Regierungssoldaten zum Opfer gefallen sind. Die Zahl der Verwundeten ist ebenfalls hoch.

damit, daß die Aussprache im Reichstag am Sonnabend beendet sein und daß dann über die Vertrauens- und Misstrauensanträge, die von den Parteien eingebracht werden, abgestimmt werden wird. Es ist zweifellos, daß die neue Reichsregierung zunächst eine parlamentarische Mehrheit hinter sich haben wird.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß unter den neuen Regierungsparteien die feste Abmachung zustande gekommen ist, unverzüglich nach dem Abschluß der Staatsberatung im Reichstag den Entwurf des neuen Reichsschulgesetzes vorzulegen. Über dieses Gesetz werden unter den Regierungsparteien noch eingehende Verhandlungen stattfinden, und zwar ist vorgesehen, daß hierfür ein besonderer interfraktioneller Ausschuss eingesetzt wird, dem die sachverständigen kulturpolitischen Mitglieder der Parteien angehören werden.

Amtsübernahme durch Reichsjustizminister Hergt.

Für unpolitische Rechtspflege.

Der neue Reichsjustizminister Hergt hat nunmehr sein Amt übernommen. Nach einer Begrüßungsansprache des Staatssekretärs Joel wandte er sich in längerer Rede an die Beamenschaft des Ministeriums. Er betonte, die Rechtspflege solle und müsse unpolitisch sein und umschadet sachlicher Kritik vom öffentlichen Meinungsstreit unberührt bleiben. Indessen ist es leider eine Tatsache, daß Rechtsprechung und Richterstand in zunehmendem Maße ungerechtfertigt und übertriebenen Angriffen und Kritik ausgesetzt seien. Der Reichsjustizminister habe hier eine politische Aufgabe allerersten Ranges, nämlich, die Unabhängigkeit der Justiz zu schützen, das Vertrauen zu ihr im Volke zu stärken und das Ansehen des Richterstandes zu sichern — eine Aufgabe, der er sich mit allen Kräften widmen wolle. Der Geist der Gerechtigkeit werde für ihn bei seiner Amtsführung das oberste Gesetz bilden.

Zwei Dementis.

Berlin, 2. Februar. Amtlich wird bekannt gegeben: Ein Berliner Spätabendblatt läßt sich aus Paris melden, daß die deutsche Regierung heute am Quai d'Orsay zwei Noten habe überreichen lassen. In der einen Note sei von der Auflösung der Berliner Sektion des Wehrvolks Mitteilung gemacht worden, die zweite Note dementiert das Gerücht, wonach der Kabinettsbeschluss über die letzten Instruktionen in der Entwaffnungsfrage nicht mit Zustimmung der deutschnationalen Minister zustande gekommen sei.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, sind derartige Mitteilungen von Seiten der deutschen Regierung oder deutschen Botschaft nicht gemacht worden. Damit entfallen auch alle an die Meldung geknüpften Schlussfolgerungen der Blätter. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, daß in der amtlichen Mitteilung über die betreffende Kabinettsitzung vom 31. Januar ausdrücklich festgestellt worden war, daß die neu ernannten Minister, welche die Geschäfte noch nicht übernommen hatten, an der Sitzung nicht teilnahmen.

Halbmaß für den verstorbenen Kaiser von Japan.

Berlin. Am 7. und 8. Februar werden anlässlich der Beerdigungsfeierlichkeiten für den Kaiser von Japan das Palais des Reichspräsidenten, die Reichskanzlei und die Reichsministerien halbmaß flaggen. Am 7. Februar setzt die Reichsmarine die Reliauen auf Halbmaß.